



Samstag, 21. März 2026, 15:58 Uhr  
~7 Minuten Lesezeit

# Eltern als Armutsrisiko

Kinder können zu Pflegeunterhaltszahlungen für ihre Väter und Mütter herangezogen werden — eine Regelung, die wenig bekannt ist und sozialen Sprengstoff birgt.

von Günther Burbach

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Trzykropy, New Africa)

*Es ist eine der wenig diskutierten sozialen Fragen in Deutschland und gerade deshalb eine der heikelsten: Wer zahlt eigentlich, wenn die eigenen Eltern pflegebedürftig werden und die Mittel dafür nicht*

ausreichen? Die spontane Antwort vieler Bürger lautet: der Staat, schließlich leben wir in einem Sozialstaat. Anders die juristische Antwort. Sie besagt: zunächst der Pflegebedürftige selbst, dann, wenn Vermögen und Einkommen nicht ausreichen, unter bestimmten Bedingungen die Kinder. Dieser Mechanismus nennt sich Elternunterhalt. Er ist gesetzlich im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert und knüpft an eine lange Tradition familiärer Unterhaltspflichten an. Doch in einer Gesellschaft, die sich selbst als moderne Solidargemeinschaft versteht, wirft dieses Prinzip grundlegende Fragen auf.

**Pflege ist teuer. Ein Heimplatz kann mehrere tausend Euro im Monat kosten.** Die gesetzliche Pflegeversicherung deckt nur einen Teil der Kosten ab. Der Rest, der sogenannte Eigenanteil, muss aus Einkommen und Vermögen des Pflegebedürftigen bestritten werden. Reicht das nicht, springt zunächst das Sozialamt ein. Doch dieses kann prüfen, ob unterhaltspflichtige Angehörige leistungsfähig sind. In der Praxis bedeutet das: Kinder können zur Kasse gebeten werden, wenn ihr Einkommen eine bestimmte Grenze überschreitet.

Mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz von 2020 wurde diese Grenze deutlich angehoben. Kinder werden erst ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von über 100.000 Euro herangezogen. Politisch wurde das als Entlastung verkauft, und tatsächlich sind viele Angehörige seitdem nicht mehr unmittelbar betroffen. Doch das Grundprinzip blieb bestehen: Der Staat hält am Rückgriff auf die Familie fest. Die Pflegefinanzierung bleibt damit nicht ausschließlich eine solidarische Aufgabe der Allgemeinheit, sondern wird unter

bestimmten Voraussetzungen zur privaten Verpflichtung.

***Die politische Logik dahinter ist schnell formuliert: Familie ist Solidargemeinschaft. Wer leistungsfähig ist, soll Verantwortung übernehmen. Der Staat soll nur subsidiär eingreifen.***

Diese Argumentation hat historische Wurzeln und ist im Sozialrecht tief verankert. Doch sie trifft auf eine gesellschaftliche Realität, die sich grundlegend verändert hat. Erwerbsbiografien sind brüchiger geworden, Altersvorsorge ist individueller organisiert, familiäre Strukturen vielfältiger. Viele Menschen tragen selbst hohe finanzielle Verpflichtungen: Kredite, Mieten, Kinder, eigene Altersvorsorge. Wenn in dieser Situation zusätzlich Pflegekosten für Eltern drohen, entsteht ein Gefühl der Überforderung.

Das zentrale Problem liegt nicht nur in der Einkommensgrenze, es liegt auch in der Unsicherheit. Wer sich mit dem Thema Pflegeunterhalt beschäftigt, merkt schnell: Die Regelungen sind komplex. Es geht um Bruttoeinkommen, Abzüge, Selbstbehalte, Unterhaltsleitlinien, Einzelfallprüfungen. Auch wenn die 100.000-Euro-Grenze eine klare Schwelle markiert, bleibt die Sorge bestehen: Was, wenn sich die Regelungen ändern? Was, wenn Einkommen schwankt? Was, wenn mehrere Geschwister beteiligt sind? Die juristische Komplexität erzeugt eine latente Angst vor finanziellen Forderungen, die viele Menschen erst wahrnehmen, wenn sie Post vom Sozialamt erhalten.

Dabei ist Pflege längst keine Randerscheinung mehr. Mit dem demografischen Wandel steigt die Zahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich. Gleichzeitig wächst der Eigenanteil in stationären Einrichtungen. Die Pflegeversicherung war von Anfang an als Teilkaskoversicherung konzipiert. Sie sollte ergänzen, nicht vollständig absichern. Doch mit steigenden Kosten verschiebt sich die Last zunehmend auf Individuen und Familien. Der Staat betont

Reformen, Zuschüsse, Dynamisierungen, doch das Grundproblem bleibt: Die Finanzierungslücke wird größer.

***Die soziale Schieflage entsteht dort, wo mittlere Einkommen betroffen sind. Wer deutlich unter der Einkommensgrenze liegt, bleibt außen vor. Wer weit darüber liegt, kann die Belastung eher tragen. Doch in der oberen Mittelschicht, bei gut verdienenden Angestellten, Selbstständigen oder Beamten, entsteht ein Spannungsfeld.***

Ein Bruttoeinkommen von 100.000 Euro klingt hoch. Netto bleibt deutlich weniger. Hinzu kommen hohe Lebenshaltungskosten, insbesondere in Ballungsräumen. Kredite für selbst genutztes Wohneigentum, eigene Altersvorsorgebeiträge, Ausbildungskosten für Kinder – all das schmälert die verfügbare Liquidität. Die Vorstellung, zusätzlich Pflegekosten für Eltern tragen zu müssen, wirkt in diesem Kontext wie ein zusätzlicher Druck.

Der Gesetzgeber argumentiert, dass nur leistungsfähige Kinder herangezogen werden. Leistungsfähigkeit ist jedoch kein rein mathematischer Begriff. Sie ist auch eine Frage der Lebensrealität. Ein Einkommen oberhalb der Grenze bedeutet nicht automatisch finanziellen Spielraum. Es bedeutet oft hohe berufliche Verantwortung, lange Arbeitszeiten, eigene Belastungen. Wenn Pflege zur Familienaufgabe wird, verschiebt sich die soziale Verantwortung vom Kollektiv zur privaten Sphäre.

Ein weiterer Aspekt wird selten offen diskutiert:

***Der Rückgriff auf Kinder kann familiäre Konflikte verschärfen. Pflege ist emotional belastend. Wenn zusätzlich finanzielle Forderungen ins Spiel kommen, entstehen Spannungen zwischen Geschwistern, zwischen Eltern und Kindern, zwischen individueller Moral und gesetzlicher Pflicht.***

Der Staat trägt damit nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Konflikte in die Familien.

Befürworter des Systems verweisen darauf, dass der Sozialstaat nicht alles leisten könne. Die demografische Entwicklung belaste die öffentlichen Haushalte massiv. Ohne familiäre Beteiligung drohe eine Überforderung der Systeme. Diese Argumentation ist nicht aus der Luft gegriffen. Doch sie verschiebt die Grundsatzfrage: Ist Pflege ein individuelles Risiko oder eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe? Wenn sie Letzteres ist, stellt sich die Frage, warum ihre Finanzierung nicht umfassender kollektiv organisiert wird.

Der Pflegeunterhalt zeigt damit exemplarisch, wie soziale Sicherungssysteme in Deutschland konstruiert sind: als Mischform aus staatlicher Leistung, individueller Vorsorge und familiärer Verantwortung. Dieses Modell funktioniert, solange wirtschaftliche Stabilität und familiäre Strukturen gegeben sind. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, brüchiger Erwerbsbiografien und wachsender Unsicherheit gerät es unter Druck.

Die Debatte um den Pflegeunterhalt berührt den Kern des deutschen Sozialmodells. Dieses Modell basiert historisch auf dem Prinzip der Subsidiarität: erst der Einzelne, dann die Familie, dann der Staat. In vielen Bereichen mag dieses Prinzip funktionieren. In der Pflege jedoch stößt es zunehmend an seine Grenzen. Der demografische Wandel ist keine abstrakte Prognose mehr, sondern Realität. Die Zahl älterer Menschen steigt, die Zahl der Erwerbstätigen sinkt relativ. Pflegeeinrichtungen kämpfen mit Personalmangel, steigenden Kosten und regulatorischen Anforderungen. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, trotz staatlicher Zuschüsse.

In diesem Kontext wirkt der Rückgriff auf Kinder wie ein Sicherheitsventil. Er soll verhindern, dass Sozialhilfeträger vollständig einspringen müssen. Doch dieses Ventil funktioniert nur,

solange ausreichend leistungsfähige Angehörige vorhanden sind. Familienstrukturen haben sich verändert: Es gibt weniger Kinder pro Familie, mehr Patchwork-Konstellationen, mehr räumliche Distanz. Nicht selten leben Kinder Hunderte Kilometer entfernt. Die Pflege selbst wird häufig von professionellen Diensten übernommen. Die finanzielle Haftung bleibt dennoch bestehen.

Ein weiterer Aspekt ist die Planbarkeit.

***In der Renten- oder Krankenversicherung wissen Bürger grundsätzlich, welche Beiträge sie zahlen und welche Leistungen sie erwarten können. Der Pflegeunterhalt hingegen ist ein Eventualrisiko. Er tritt nicht zwangsläufig ein, sondern hängt vom Pflegefall, vom Einkommen der Eltern, von Vermögen und von der eigenen Einkommenssituation ab.***

Diese Ungewissheit erschwert private Vorsorge. Wer weiß heute mit Sicherheit, wie sich Pflegekosten in zehn oder zwanzig Jahren entwickeln werden?

Kritiker des aktuellen Systems argumentieren daher, dass Pflege stärker kollektiv finanziert werden müsse. Diskutiert werden Modelle wie eine Vollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt, oder eine stärkere Steuerfinanzierung. Andere plädieren für eine Ausweitung der Beitragsbasis, etwa durch Einbeziehung weiterer Einkommensarten oder durch eine Bürgerversicherung. Jede dieser Optionen hat finanzielle Konsequenzen. Doch sie würde die Lasten breiter verteilen und die Unsicherheit für einzelne Familien reduzieren.

Die politische Realität ist jedoch zurückhaltend. Reformen erfolgen schrittweise, Zuschläge werden eingeführt, Beitragsätze angepasst. Das Grundprinzip bleibt. Der Staat signalisiert Handlungsfähigkeit, ohne die Systemfrage zu stellen. Genau hier liegt der Konflikt: Die

Pflegekosten steigen strukturell schneller als viele Einkommen. Wenn die Finanzierungslücke nicht konsequent geschlossen wird, bleibt der Rückgriff auf Familien das Mittel der Wahl.

Die soziale Frage lautet daher nicht, ob Kinder grundsätzlich Verantwortung für ihre Eltern tragen sollten; viele tun dies aus moralischer Überzeugung. Die Frage lautet, ob finanzielle Haftung in einer alternden Gesellschaft ein tragfähiges Modell ist. Wenn Pflege zur Massenerscheinung wird, kann familiäre Haftung nicht dauerhaft die Lücke füllen. Sie wird dann selbst zur sozialen Ungerechtigkeit, weil sie abhängig ist von Einkommen, Familienkonstellation und Zufall.

***Hinzu kommt, dass das Pflegeunterhaltssystem eine implizite Ungleichheit erzeugt. Wer vermögende Eltern hat, wird nicht belastet, weil diese selbst zahlen können. Wer Eltern mit geringem Vermögen hat und selbst gut verdient, kann herangezogen werden.***

Solidarität wird damit innerhalb der Familie neu gewichtet, nicht zwischen Einkommensgruppen gesamtgesellschaftlich. Das mag juristisch folgerichtig erscheinen, sozialpolitisch wirkt es widersprüchlich.

Die Pflegefrage wird in den kommenden Jahren an Schärfe gewinnen. Die Babyboomer-Generation tritt ins Rentenalter ein. Pflegebedürftigkeit wird statistisch häufiger. Gleichzeitig geraten öffentliche Haushalte unter Druck. Ohne strukturelle Reform droht eine weitere Verschiebung von Lasten in die private Sphäre. Der Pflegeunterhalt ist dabei ein Indikator: Er zeigt, dass der Sozialstaat an einer Grenze operiert, an der kollektive Versprechen und individuelle Haftung aufeinandertreffen.

Wenn Deutschland sich als solidarische Gesellschaft versteht, wird es diese Grenze neu definieren müssen.

***Pflege kann nicht allein als familiäre Pflicht betrachtet werden, wenn sie strukturell vorhersehbar und massenhaft auftritt. Sie ist dann keine Ausnahme, sondern Normalfall. Und Normalfälle verlangen kollektive Antworten.***

Die gesetzliche Rückgriffspflicht auf Kinder mag rechtlich legitim sein. Doch sie ist Ausdruck eines Systems, das die Lasten des demografischen Wandels nicht vollständig kollektiv tragen will. Und darin liegt die politische Brisanz, denn die Mittelschicht spürt diese Lasten besonders deutlich: Sie verdient zu viel für Sozialleistungen, aber nicht genug, um zusätzliche Verpflichtungen ohne Weiteres zu absorbieren. In dieser Schicht entscheidet sich die Stabilität des Sozialstaats.

Pflegeunterhalt ist daher mehr als eine juristische Norm. Er ist ein Spiegel für die Frage, wie viel Solidarität der Staat organisiert und wie viel er an Familien delegiert. Wenn die Balance kippt, entsteht nicht nur finanzielle Belastung, sondern Vertrauensverlust. Und Vertrauen ist die Währung, auf der jedes soziale Sicherungssystem beruht.



**Günther Burbach**, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das

Wesentliche zu schärfen.